

# zeitung gegen den krieg

Nr. 45 Herbst 2019

„Handelsnation“ heißt: zum Krieg bereit

## Stoppt den drohenden Iran-Krieg – Keine deutsche Beteiligung an „Mission“ im Persischen Golf

Of finden tiefgreifende Prozesse ihren Niederschlag in Vorgängen, die öffentlich kaum wahrgenommen werden. Als 1988 erstmals in einem Bundeswehrmanöver wieder die „Feldpost“ erprobt wurde, da war das nur ein Thema für Philatelisten: Die damalige Bundespost brachte eine Sondermarke heraus. Heute sind Hunderte Bedienstete der Deutschen Post für die Bundeswehr im Einsatz; allein 280 dort, wo die Bundeswehr jeweils im Ausland eingesetzt wird. Und egal wohin die Post geht – es gilt immer der Inlandstarif: ein Brief Rostock – Hindukusch kostet 80 Cent. Die Post ist privatisiert und eine AG? Das spielt hier keine Rolle. Es geht um den Dienst am Vaterland – um eine Dienstbarmachung für Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Als am 1. Januar 2019 ein neuer Vertrag in Kraft trat, wonach die Deutsche Bahn ab sofort ständig große Kapazitäten bereit hält, um unter anderem „9700 Soldaten und 150 Kettenfahrzeuge“ bis an die Grenzen von Russland zu transportieren, da berichteten darüber nur Insider. Als im August 2019 beschlossen wurde, dass ab dem 1. Januar 2020 alle Bundeswehrsoldaten „sowohl dienstlich als auch privat“ gratis die Züge der Deutschen Bahn benutzen dürfen, da wurde dies nur im Kleingedruckten gemeldet. Ist der Job eines gut bezahlten Berufssoldaten mehr wert als die ehrenamtliche Arbeit einer Flüchtlingshelferin? Ist die Bahn nicht eine AG, die sich aktuell in Finanznot befindet und deren knappe Kapazitäten Tag für Tag Hunderttausende Pendler in Verzweiflung bringen? All das spielt plötzlich keine Rolle. Es geht um die Hilfestellung der Bahn bei der Militarisierung der Gesellschaft und zur Umsetzung der aggressiven NATO-Politik gegen Russland.

Es war der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle, CDU, der 1992 sagte: „Die in vierzig Jahren gewachsenen [Friedens-] Instinkte der Menschen lassen sich nicht einfach wegkommandieren. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen.“ Es gehe darum „die ganze Gesellschaft auf die neuen Aufgaben [der Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen] vorzubereiten.“ In diesem Prozess der systematischen Militarisierung der Gesellschaft gibt es die beschriebenen kleinen „Schritte“. Und es gab die großen „Schritte“: Einführung der Bundeswehr mit Grundgesetzänderung 1955/56. Beschluss der Notstandsgesetze mit möglichem Bundeswehreinsatz im Inneren 1968. Beteiligung der Bundeswehr am Nato-Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999. Das von der Bundeswehr ausgelöste Massaker in Afghanistan 2009 (siehe Kasten auf dieser Seite). Die Zustimmung der deutschen Bundesregierung zur EU-Militärunion „PESCO“ 2017.

Trotz dieser kleinen und großen Schritte, die zur Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten unternommen wurden, verfügt ein großer Teil der Bevölkerung noch immer über die „Friedensinstinkte“. Zur Beförderung der weiteren Militarisierung ist daher die fortgesetzte Umformung der Parteienlandschaft wichtig. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl sagte 1999, dass die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg nur möglich war, weil SPD und Grüne die Regierung gebildet hatten. Ein CDU-Kanzler hätte „sowas“ nicht durchsetzen können. Recht hatte der Mann. Und eine Beteiligung der Bundeswehr an einer „Mission“ zum „Schutz von Handelsschiffen im Persischen Golf“ ist aktuell nur möglich, wenn sich Parteien, die nicht mit Militarismus gleichgesetzt werden, für ein solches Abenteuer aussprechen. Just dies wurde vor wenigen Wochen erreicht. „Grüne machen sich locker für neuen Militäreinsatz“, titelte am 6. August die „Taz“. Der außenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Omid Nouripour, und die Grünen-Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck sprachen sich für eine deutsche Teilnahme an einer solchen „Mission“ im Persischen Golf aus. Einzige Bedingung: Diese dürfe „nicht unter amerikanischer Führung“ stattfinden, es müsse eine „europäische Mission“ sein. Dabei ist ein möglicher Einsatz von deutschen Soldaten im Mittleren Osten – und damit potentiell in einem kommenden Iran-Krieg – eine Sache. Vor dem Hintergrund der wankenden GroKo geht es aber um etwas ganz anderes: um die Regierungsfähigkeit. In

Sharan Burrow / Marlis Tepe	Gewerkschaften für Frieden	Seite 3
Mohssen Massarrat	Drohender Iran-Krieg	Seite 4
Werner Rügemer	US-Militär als Klima- & Umweltsünder	Seite 5
Jürgen Grässlin	Tödlicher Waffenhandel	Seite 6
Ulrich Sander	Jugend und Widerstand	Seite 7
Reiner Braun / Pascal Luig	Stopp Air Base Ramstein	Seite 8



den Worten der „Taz“: „Habeck will mit Blick auf eine künftige Regierungsbeteiligung signalisieren, dass seine Partei in der Außenpolitik nicht nur mit Samthandschuhen agieren würde.“

Zwanzig Jahre nach dem Kosovo-Krieg haben wir erneut die Konstellation: Rund zwei Drittel der deutschen Bevölkerung lehnen Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Mehr als zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten befürworten Bundeswehreinsätze im Ausland und sind „offen“ für eine militärische Mission mit deutschen Kriegsschiffen im Persischen Golf. Fester Bestandteil dieser politischen, militaristischen Front sind führende Unions-Politiker, darunter die Kanzlerin Angela Merkel und die neue Verteidigungsministerin und CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Wenn die SPD aktuell einem solchen deutschen Militäreinsatz skeptisch gegenübersteht, dann hat dies auch mit der innerparteilichen Situation zu tun. Dennoch ist dies positiv zu werten (siehe S.4). Es muss alles getan werden, um diese SPD-Position zu stärken und zu versuchen, zusammen mit der

Partei DIE LINKE, mit ansprechbaren Grünen und vor allem mit der gesamten Friedensbewegung eine gemeinsame Plattform „Nein zum Iran-Krieg“ aufzubauen.

Immer wieder wird in Analysen von Linken betont: Hinter dem Kaiser 1914 und hinter Hitler 1939 standen die Industrie und die Banken. In deren Interesse wurden diese großen Kriege geführt. Es ging um die Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion mit anderen – mit militärischen – Mitteln. In der aktuellen Krise wird es uns erleichtert, diesen Zusammenhang zu erklären. Der Präsident des Industrieverbandes BDI, Dieter Kempf, trat jüngst offen für eine „Beteiligung der Bundesmarine“ an einer „Schutzmission in der Straße von Hormus“ ein – und dies (laut „Berliner Zeitung“ vom 6. August 2019) mit den folgenden Worten: „Eine funktionierende Handelsschiffahrt ist für die Exportnation und das Industrieland Deutschland von herausragender Bedeutung.“ Als eine „Handelsnation“ müsse sich Deutschland bereits „aus Solidarität mit den Europäern an einer solchen Mission beteiligen“.



Nach dem stillen Gedenken von Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag für die Opfer des NATO-Bombardements am 4. September 2009 bei Kunduz druckte die Berliner Zeitung am 2. März 2010 auf ihrer Titelseite ein Gedicht von Volker Braun ab, das wir mit freundlicher Genehmigung des Schriftstellers veröffentlichen. Siehe Artikel von Heike Hänsel Seite 5.

### [10 Jahre Kundus-Massaker]

Volker Braun

Vor der Abstimmung über den Einsatz in Afghanistan  
Den man ungefähr kriegsähnlich nennt  
Zeigte eine Fraktion Zettel her  
Mit Namen getöteter Zivilisten. Diese  
Vorlauten, Wortlosen wurden  
Aus dem Saal gewiesen, weil die Würde  
Des Hohen Hauses schwer beschädigt sei  
Ort verbaler, nicht plakativer Debatten. Aber  
Sind denn die Namen der Toten  
Plakativ, und kommen die Reden zum Leben?  
Soll nur von Todähnlichen, ungefähr Toten  
Gesprochen werden oder  
Fürchtete man, dass die namentlich Genannten  
Zählen, wie göltige Stimmen  
Obwohl sie tot und erledigt sind?

## Fakten &amp; Hintergründe

## Der drohende Iran-Krieg

**E**in Iran-Krieg erscheint möglich. Die *Zeitung gegen den Krieg* greift einige Argumente auf, die immer wieder auftauchen, und gibt Antworten.

**1. Behauptung** Es handelt sich bei der Krise im Persischen Golf um einen Konflikt wie viele andere. Siehe Venezuela, Nordkorea, Syrien. Damit wird „die Staatengemeinschaft“ schon fertig werden.

**Antwort** Die betroffene Region hat wie keine andere wirtschaftliche Bedeutung, und zwar für die gesamte Welt (Siehe dazu Antwort 6). Der Iran ist mit den genannten anderen Krisenherden bereits deshalb nicht zu vergleichen, da es sich mit 81 Millionen Menschen um das bevölkerungsreichste Land der Region handelt. Die militärischen Kräfte des Landes sind wesentlich schlagkräftiger als es diejenigen des Irak beim letzten Irak-Krieg 2003 waren. Was umgekehrt heißt: Wenn die USA und ihre Verbündeten den Iran angreifen, dann werden die Opfer an Menschenleben gewaltige sein. Ein Iran-Krieg würde mit großer Wahrscheinlichkeit die gesamte Region in ein Chaos stürzen. Der fast beendete Krieg in Syrien dürfte neu aufflammen. Die Lage im Irak wird eskalieren. Dort sitzen derzeit noch Iran-Gegner und Iran-Verbündete nebeneinander in Regierung und Parlament. Der Krieg im Jemen, bei dem es derzeit Chancen auf Eindämmung gibt, würde neu

angefacht. Auch gilt: Ein Iran-Krieg wäre ein Bombengeschäft – für die internationale Rüstungsindustrie, die in der Trump-Regierung direkt personell vertreten sind. Der amtierende US-Verteidigungsminister Mark Thomas Esper war z.B. bis zu seiner Amtseinführung im Juni 2019 Top-Lobbyist des US-Rüstungsriesen Raytheon. Sein Vorgänger im Amt, Patrick M. Shanahan, war zuvor Top-Mann des größten Rüstungskonzerns, von Boeing.



**2. Behauptung** Im Iran-Konflikt stehen sich mit Donald Trump und Hassan Rohani Wild-West-Raufbolde gegenüber. Es ist schwer, hier die Verantwortung für den Konflikt zu benennen.

**Antwort** Nach einem 13 Jahre währenden Konflikt um ein mögliches iranisches Atomwaffenprogramm wurde im Juli 2015 mit dem Iran ein Atomabkommen geschlossen. Es trat am 16. Januar 2016 in Kraft. Das Abkommen wurde zwischen dem Iran und den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland und China geschlossen. Darin verpflichtete sich der Iran, Teile seines Atomprogramms so zu beschränken, dass keine Atomwaffen gebaut werden können. Im Gegenzug wurden Sanktionen gegen den Iran aufgehoben. Seither hat sich der Iran nach Feststellungen der Internationalen Atomenergiebehörde komplett an das Abkommen gehalten. Dennoch stiegen die USA im März 2018 aus dem Abkommen aus. Die US-Regierung beschloss einseitig und völkerrechtswidrig neue Sanktionen gegen den Iran. Sie zwingen seither ihre Verbündeten dazu, sich diesen Sanktionen anzuschließen. Faktisch führen die USA und mit ihnen große Teile des Westens einen Wirtschaftskrieg gegen den Iran mit weitreichenden Folgen. Die Wirtschaftsleistung (BIP) des Iran sank 2018 um 4 Prozent; sie wird 2019 noch stärker schrumpfen. Die Ölexporte schrumpften auf einen Bruchteil. Die Arbeitslosigkeit schnellte hoch auf real 25 Prozent. Die Inflation stieg auf gut 30 Prozent.

**3. Behauptung** In dem Konflikt sind die EU bzw. die deutsche Regierung nur Statisten.

**Antwort** Das entspricht einerseits den Tatsachen. Und ist zugleich Unsinn. Richtig ist, dass die EU sich faktisch weitgehend der Politik der US-Regierung angeschlossen hat. Die westlichen Konzerne (so Renault und Peugeot, die die Autoindustrie im Iran dominierten), zogen sich aus dem Land zurück. Der deutsch-iranische Handel hat sich halbiert. Doch die EU ist als Ganzes betrachtet die größte Wirtschaftsmacht der

Welt. Sie könnte den USA Paroli bieten. Doch sie versucht dies nicht einmal; sie praktiziert vielmehr Vasallentreue (siehe Seite 4 M. Massarat). Ja, sie unterstützt in einigen Bereichen die US-Politik. Das *Han-delsblatt* schrieb am 17.6.2019: „Seit Jahresanfang [2019] hat die Bundesregierung Rüstungslieferungen für mehr als eine Milliarde Euro an die von Saudi Arabien angeführte Allianz im Jemenkrieg genehmigt.“ Vergleichbar sind hier Großbritannien und Frankreich mit eigenen Rüstungslieferungen engagiert. Diese Länder sind Kriegspartei; sie sind mit gewaltigen Rüstungsexporten engagiert auf der Seite, die sich auch gegen den Iran richtet.

**4. Behauptung** Was spricht denn dagegen, dass es einen Geleitschutz für Handelsschiffe im Persischen Golf gibt und dass sich die deutsche Marine daran beteiligt?

**Antwort** Selbst der deutsche Reeder-Verband hat erklärt: Je mehr Kriegsschiffe im Persischen Golf unterwegs sind, desto größer ist die Gefahr einer Eskalation und eines Kriegs. Ein umfassender Schutz für alle Schiffe ist nicht möglich. Kriegsschiffe dort würden nur – zu Recht – als weitere Provokation und als potentielle Ziele für Attacken begriffen werden.

**5. Behauptung** Wir sollten uns in der Region engagieren – schließlich erwarten dies unsere Verbündeten dort.

**Antwort** Welche Verbündeten? Es handelt sich im Fall von Saudi Arabien und den anderen Golfstaaten (Vereinigten Arabischen Emirate; Bahrain, Kuwait, Katar, Oman) um diktatorisch regierte Länder. Dort werden die Menschenrechte flächendeckend missachtet. Rechte für Frauen sind so gut wie inexistent. Die arbeitenden Menschen werden in großen Teilen in einem Zustand gehalten, der moderner Sklaverei gleicht. In Saudi Arabien besteht mehr als ein Drittel der Bevölkerung aus „Ausländern“, in Bahrain hat die Hälfte der Bevölkerung diesen weitgehend rechtlosen Status. In

## +++ aktiv gegen krieg +++

## Freiheit für Atomwaffengegner

Anlässlich des Hiroshima-Tages sei an sieben mutige US-Menschen erinnert: Clare Grady, Martha Hennessey, Patrick O'Neill und Carmen Trotta, Pater Steve Kelly, Mark Colville und Elizabeth McAlister. Den „Kings Bay Plowshares Seven (#KBP7)“, wie sie sich selbst nennen, drohen jeweils 25 Jahre Gefängnis. Die Aktivisten der katholischen Friedensinitiative „Schwerter zu Pflugscharen“ haben am 4. April 2018, dem 50. Jahrestag der Ermordung von Martin Luther King, die Kings Bay-Marinebasis in Georgia aufgesucht, einen der größten atomaren Stützpunkte der US-Kriegsflotte als friedlicher Protest gegen Massenvernichtungswaffen. Sie wurden verhaftet und stehen nun vor Gericht. Am 7. August müssen sich die #KBP7 in Georgia vor dem Bundesbezirksgericht verantworten. Clare Grady, Martha Hennessey, Patrick O'Neill und Carmen Trotta, Pater Steve Kelly, Mark Colville und Elizabeth McAlister gehört unsere Solidarität und Unterstützung. Zusammen mit dem Friedensnobelpreisträger und Erzbischof Desmond Tutu, zusammen mit Noam Chomsky, mit dem Whistleblower der Pentagon-Paper, Daniel Ellsberg, mit Angela Davis und vielen anderen fordert DIE LINKE: Schluss mit der Verfolgung von Atomwaffengegnern! Freiheit für die #KBP7! Infos siehe: <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/us-atombomben-abziehen-atomwaffenverbotsvertrag-unterzeichnen/>

## +++ engagiert für den Frieden +++

Katar und in den VAE sind jeweils 90 Prozent weitgehend rechtlose Ausländer.

**6. Behauptung** Es geht beim Iran-Konflikt wieder Mal um Öl.

**Antwort** Ja und nein. Es geht im Grunde um viel mehr. Bei den USA und Großbritannien spielt Öl aus der Golfregion keine Rolle; beim Rest der EU spielt das Golf-Öl eine untergeordnete Rolle. Noch in den 1950er Jahren bezog Europa 75 Prozent seines Öls aus dieser Region, heute sind es noch 20 Prozent. Es sind vor allem Japan, China und andere asiatische Länder, die vom Golf-Öl abhängig sind. Die Kontrolle der Region durch die USA und teilweise weiterhin durch Großbritannien hat *geostrategische Bedeutung*. Wie jüngst Tom Stevenson in *Le Monde Diplomatique* (Juli 2019) es formulierte: „Die Macht der USA am Golf beruht auf der profitabelsten Schutzgeldvereinbarung in der modernen Geschichte.“ Es gibt fünf Säulen, auf denen diese Macht beruht: 1. Gibt es eine massive militärische Präsenz vor allem der USA mit rund 100.000 Militärs vor Ort und mehr als einem Dutzend Stützpunkten (und zwei britischen – einer in Bahrain und ein neuer in Duqm in Oman). 2. Die USA und Großbritannien (und danach Frank-

reich und Deutschland) exportieren in massivem Umfang Rüstungsgüter in die Region. Wobei Wartung des (und Ausbildung am) hochmodernen Kriegsgerät die Abhängigkeit verstärken. 3. Es existiert eine erhebliche „kulturelle Kontrolle“, indem der größte Teil der Top-Militärs der westlichen Verbündeten in den USA (v.a. West Point) bzw. in Großbritannien (Sandhurst) ausgebildet wurden. Eingekauft wird in New York und London, wo auch Krankheiten behandelt werden. 4. Einen großen Teil der gigantischen Gewinne aus dem Ölgeschäft legen die Golf-Potentaten im Westen an („Petrodollars“). Als 2008 die britische Barclay-Bank vom Einsturz bedroht war, retteten Katar und Abu Dhabi mit 8,1 Milliarden Pfund die Bank. Wobei auch deutsche Banken und Konzerne von den Petrodollars profitieren. 5. Schließlich existiert seit 1974 ein Geheimabkommen, wonach Saudi Arabien und die meisten anderen OPEC-Staaten alle Ölverkäufe in US-Dollar abrechnen müssen. Das Abkommen trat pünktlich nach der Aufgabe des Goldstandards des US-Dollars 1973 in Kraft. Es stellt eine Stütze für die US-Hegemonie dar, die kaum überschätzt werden kann.

- Anzeige -

## PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Kees van der Pijl

## Der Abschuß

Flug MH 17, die Ukraine und der neue Kalte Krieg

358 Seiten | € 19,90  
ISBN 978-3-89438-649-8

Den Abschuß von Flug MH 17 der Malaysia Airlines und den Bürgerkrieg in der Ukraine bettet Kees van der Pijl ein in den Kontext eines neuen Kalten Krieges gegen Russland. Er trägt aussagekräftige Indizien zusammen, die belegen, wer das größte Interesse, das stärkste Motiv und die beste Gelegenheit hatte, den Absturz herbeizuführen.



Norman Paech/  
Karsten Nowrot (Hg.)

## Krieg und Frieden im Völkerrecht

181 Seiten | € 18,00  
ISBN 978-3-89438-691-7

Die NATO-Staaten haben Kriege begonnen und Staaten zerstört, die seitdem einen ständigen Herd neuer Konflikte bilden. Ob in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien: das Völkerrecht wird seiner friedensstiftenden Rolle offenbar nicht mehr gerecht. Beiträge von Andreas Fisahn, Hermann Klenner, Norman Paech, Werner Ruf u. a. zeigen auch auf, wie das zu ändern ist.

## Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (Zgk) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin und Winfried Wolf Michendorf. Verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Winfried Wolf. Die Zgk erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

**Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen** Die Antifister Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung & Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Willi Hoffmeister Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden & Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteiivorstand) Gestaltung & Layout Joachim Römer

**Redaktions- & Vertriebsadressen**  
Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf  
E-Mail [zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de](mailto:zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de)  
Fax 030-227 76 179 · Tel. 030 - 22 77 3179  
(MdB-Büro H. Hänsel)

**Bezugspreise** Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:  
von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar  
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar  
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

**Spenden & Konto** Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedens-initiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig.  
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66  
BIC WELADED1PMB  
ISSN 1611-2881



Interview mit **Sharan Burrow** – Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB)

?: *Gewerkschaftsarbeit und Friedenspolitik werden in der Öffentlichkeit eher selten in einem Zusammenhang gesehen bzw. in einem Atemzug genannt.*

Sharan Burrow: Das ist eine falsche Wahrnehmung. Unsere Grundsatzklärung verpflichtet uns dazu, allüberall für die Stärkung von Frieden und Demokratie einzutreten. Wir sind uns einerseits bewusst, dass ein Leben in Sicherheit sozialen Schutz, angemessene, gerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze und die Existenz grundlegender Rechte erfordert. Andererseits ist Frieden nur möglich, wenn Demokratie, angemessene Arbeit und eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen mit fortschreitender Abrüstung gewährleistet sind. Frieden und Demokratie sind auch die Voraussetzung dafür, dass die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können.

?: *Gibt es Fortschritte auf diesen Feldern?*

S.B.: Leider fällt unsere Bilanz hier kritisch aus. Wir sind Zeuginnen und Zeugen eines aktuellen und tief verankerten „Zeitalters der Wut“. Dafür gibt es gute Gründe. Nur noch ein Drittel der Menschen glaubt, dass ihre Stimme zählt. Immer mehr Menschen leben unter Bedingungen, wo es keine Mindestlöhne, keine tariflich gesicherte Einkommen und keine sicheren Arbeitsplätze gibt. Soziale Sicherheit und qualitativ hochstehende öffentliche Dienste werden abgebaut; sie bilden immer weniger das wichtige Bollwerk gegen Armut. Vielfach fehlen gerechte Steuersysteme, bei denen die Unternehmen ihren Anteil zum Steueraufkommen dort bezahlen, wo die Profite erzielt werden. Entsprechend sind die Bereiche der öffentlichen Dienste, der freien Bildung, der Gesundheit, der Kindererziehung und Altenbetreuung stark unterfinanziert. Vielerorts ist die Gleichberechtigung von Frauen nicht garantiert. Und dann gibt es noch Regierungen, die die knappen Mittel für neue Mauern und immer mehr Kriegswaffen ausgeben. Unter solchen Bedingungen muss

die Glaubwürdigkeit von Institutionen und Regierungen erodieren.

?: *Zeichnen Sie da nicht ein allzu pessimistisches Bild?*

S.B.: Das sind keine hypothetischen Beschreibungen. Der IGB hat einen „Global Rights Index“ entwickelt. Nach diesem gibt es einen Demokratieabbau in mehr als 50 Staaten. Die beschriebene Erosion der Lebensbedingungen bietet einen gefährlichen Nährboden für rechtsextreme Gruppen, die wiederum diejenigen Menschen mit einigem Erfolg umwerben, die sich ausgegrenzt fühlen.

Dabei ist der weltweit angesammelte Reichtum heute drei Mal größer als vor zwanzig Jahren. Doch gleichzeitig ist es heute mehr Menschen als jemals zuvor seit der Zeit der Weltkriege verwehrt, den berechtigten Traum von einem angemessenen Wohlstand zu verwirklichen. Stattdessen organisieren Regierungen ein neues Rüstungswettrennen. Dabei agieren keineswegs nur autoritär strukturierte Regierungen in dieser zynischen Weise. Auch europäische Länder bauen ihr Arsenal von Nuklearwaffen mit mittlerer Reichweite und ihre Möglichkeiten für Drohnen-Kriege aus.

?: *Welche Folgerungen zieht der Internationale Gewerkschaftsbund?*

S.B.: Es geht darum, den gefährlichen Trend nach rechts, der sozialen Ungleichheit und der Aufrüstung zu stoppen. Das globale Risiko der Hochrüstung macht es notwendig, dass wir uns mit allen Kräften, die für Frieden und Entwicklung eintreten, zusammen tun. Das International Peace Bureau (IPB) und alle dem Frieden verpflichtete Gruppen sind für uns lebenswichtige Partner. Mit ihnen und mit den demokratischen Nationen, die bereit sind, entsprechende Verantwortung zu übernehmen, müssen wir eine Kampagne aufnehmen mit den Zielen: der Atomwaffenverbotsvertrag (Nuclear Weapon Ban Treaty – TPNW) muss in Kraft treten und der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen muss verteidigt werden.

Frieden ist die Grundvoraussetzung für Demokratie, für die Verwirklichung von Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Frieden ist auch der Eckpfeiler, um die Nachhaltigkeitsziele der UN zu verwirklichen und das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen. All das ist notwendig, um eine Zukunft für die Menschen zu gewährleisten.

Zu den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes bzw. des International Trade Union Confederation (ITUC) siehe die mehrsprachige ITUC-Plattform: <https://www.ituc-csi.org/about-us?lang=en>

## Bildung statt Bomben

Marlis Tepe

Eine große Mehrheit der Deutschen steht hinter der Forderung „Nie wieder Krieg!“. Eine Mehrheit ist gegen mehr Rüstungsausgaben. Die Realität sieht anders aus. Nicht nur wir als Gewerkschafter\*innen in der GEW sind alarmiert: Nie waren seit dem 2. Weltkrieg so viele Menschen auf der Flucht: 65 Millionen. Viele von ihnen verlieren nicht nur Haus und Hof, Freunde, Familie, sie verlieren auch den Glauben an die Zukunft. Viele Kinder und Jugendliche haben keinen Zugang zu Bildung. Gleichzeitig steigen weltweit die Rüstungsausgaben. Das ist skandalös.

Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben bei ihrem Gipfeltreffen am 11. Juli 2018 erneut eine massive Aufrüstung mit dem 2-Prozent-BIP-Ziel bekräftigt. Damit kommt auch die Bundesregierung unter Druck. Auch Annegret Kramp-Karrenbauer will das 2%-Ziel erreichen. Alle neun Atomwaffenstaaten steigern ihre Ausgaben.

Jetzt ist es Zeit, wieder deutlich zu machen: Wir wollen das nicht! Für einen Kampf gegen die Steigerung der Rüstungsausgaben in unserem Land und weltweit haben sich die Bildungsgewerkschaften im Juli 2019 bei ihrem Weltkongress in Bangkok auf Antrag der GEW einstimmig eingeschworen. Wir wollen, dass die Welt atomwaffenfrei wird!

Wir brauchen jetzt eine neue Abrüstungsinitiative. Wir wollen mit der Macht und der Kraft unserer nationalen Gewerkschaften und der Bildungsinternationale die Friedensbewegung stützen. Statt in Aufrüstung muss das Geld in die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele gesteckt werden. Wir könnten alle Nachhaltigkeitsziele in wenigen Jahren erreichen, wenn die Rüstungsausgaben verringert werden. Wir kämpfen für: Bildung statt Bomben!

## AKK in Brüssel und NATO-Gipfel in London

Kristine Karch

Die NATO ist mit 29 Mitgliedern das weltweit größte und aggressivste Militärbündnis. Vor 70 Jahren gegründet, ist heute das Netzwerk Global NATO auf allen fünf Kontinenten aktiv. Der nächste Gipfel am 3. und 4. Dezember in London findet in einer Zeit zunehmender Eskalation statt. Die USA haben ihre Truppenstärke und Präsenz erhöht. Die Konfrontation mit Russland nimmt zu. Der INF-Vertrag, der für die Verschrottung der Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren sorgte, ist Geschichte. Der Iran hat erklärt, sich auch nicht mehr an das Iran-Atomabkommen zu halten. In London ist jetzt ein Freund von Trump Regierungschef.

Die NATO wird auf dem Gipfel über ihre strategische Antwort auf das Ende des INF-Vertrages entscheiden. Abrüstungsschritte werden das nicht sein. Von Deutschland wird es kein Veto gegen den NATO-Konfrontationskurs geben. Von der Leyen wird sich als EU-Kommissionspräsidentin für die EU-Aufrüstung mit PESCO starkmachen. Bei ihrem ersten Auslandsbesuch verkündete die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp Karrenbauer im NATO-Hauptquartier in Brüssel stolz, Deutschland stehe zu dem Zwei-Prozent-BIP-Ziel auch „aus originären Sicherheitsinteressen Deutschlands“.

Das internationale Netzwerk „No to war – no to NATO“ bereitet gemeinsam mit Partnern in Großbritannien Gegenaktionen vor. Am Samstag zuvor (30.11.) organisieren wir einen Gegengipfel mit internationaler Beteiligung. Und am ersten Gipfeltag, dem 3. Dezember, wird es in London eine breite bunte Demonstration gegen Trump und die NATO geben. Mehr Informationen unter <https://www.no-to-nato.org/>.

## Keine Waffen für Erdogan

Sevim Dagdelen

Die Türkei unter Präsident Erdogan trägt maßgeblich zu Destabilisierung, Massenflucht und Fortdauer des Syrien-Kriegs bei. Der Despot hält seine schützende Hand über die islamistischen Mörderbanden der Tahrir al-Scham (HTS) in Idlib, wie er zuvor schon die Al-Qaida-nahe Nusra-Front und die Ahrar al-Scham unterstützt hat. Die Türkei plant im Norden weitere Gebietsannexionen, die euphemistisch als „Schutzonen“ reklamiert werden. Dreist will Erdogan nach Dscharabulus 2016 und Afrin 2018 weitere Gebiete okkupieren. Die Massenvertreibung Hunderttausender Kurden, Jesiden und Christen ist dabei Programm.

Die türkische Führung erhält für ihre völkerrechtswidrige Politik Rückendeckung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Heiko Maas. Es ist geradezu absurd, dass die Bundesregierung Erdogans Türkei einerseits klar als „zentrale Aktionsplattform“ für islamistische Terrorgruppen im Nahen und Mittleren Osten benennt, gleichzeitig den Despoten vom Bosphorus aber zum Partner beim Kampf gegen den islamistischen Terror erklärt. Damit wird der Bock zum Gärtner gemacht. Darüber hinaus erhält er einen Benzinkanister in die Hand.

Es ist der skrupellosen Politik dieser Bundesregierung geschuldet, dass die Türkei Erdogans heute auf Platz 1 der deutschen Waffenlieferungen steht. DIE LINKE fordert ein Ende der Kumpagnei mit Erdogan und einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte.

Marlis Tepe ist Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) | Kristine Karch ist Co-Sprecherin Netzwerk No to war – no to NATO | Sevim Dagdelen ist stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Aktivitäten in Hamburg zum Antikriegstag

„Aus Verantwortung gegenüber der Geschichte: – Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ – mit diesen Worten ruft das Hamburger Forum u.a. gemeinsam mit Gewerkschaften zur Demonstration am 1. September auf. In Hamburg stellen wir am 80. Jahrestag des Beginns des II. Weltkriegs die Forderungen: Stopp aller militärischen Auseinandersetzungen, Entspannungspolitik, Abrüstung sowie Ächtung von Atomwaffen!

Nach der Demonstration lädt der ver.di-Arbeitskreis Frieden zu einer Veranstaltung im Gewerkschaftshaus mit dem Referenten Andreas Zumach ein: „Kriege und Kriegsgefahren heute“.

Von Hamburg geht noch ein neues Signal aus: Die Gründung eines Bündnisses für eine „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte“. Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen sind zu stoppen! Für Hamburg als Friedensstadt, in Freundschaft verbunden mit der Welt! Wir fordern mit diesen Aktionen u.a. unseren Bürgermeister auf, seiner Verantwortung als Mitglied der Gruppe „Mayors for Peace“ gerecht zu werden!

Gunda Weidmüller, Hamburger Forum, Infos: <http://www.hamburgerforum.org/index.php>

## +++ engagiert für den frieden +++

USA – EU – Iran

# Wie Trump die EU in einen Krieg gegen den Iran zwingen will



Mohssen Massarrat

Im Mai 2019 hat die US-Regierung die Iran-Sanktionen in vollem Umfang in Kraft gesetzt. Sie verfolgt gegenüber Iran die Politik des „maximalen Drucks“. Trump steuert damit in Richtung Iran-Krieg. Tatsächlich stand die Weltgemeinschaft schon 2006, im letzten Amtsjahr von George W. Bush Junior, vor einem Iran-Krieg. Obama bewegte sich dann zwar im Rahmen des vorgegebenen globalen Konfrontationskurses der USA. Doch unter ihm als US-Präsident wurde das Projekt des „Amerikanischen Jahrhunderts“ der Neokonservativen („Neocons“) ein wenig gebremst. Das Iran-Atomabkommen resultierte aus der Kooperation von Obamas moderater US-Hegemonialpolitik mit der EU und mit Irans Reformflügel. Dadurch spürte die Welt einen Hauch von Entspannung. Dem Iran blieb ein Krieg vorerst erspart. Nicht weniger wichtig war, dass die EU erstmals seit ihrer Entstehung eine gewisse außenpolitische Selbstständigkeit praktizierte.

Den US-Neocons passte weder die leichte globale Entspannung – sprich weniger Rüstungsexporte –, noch dass der Iran als starke



Machtzentren in den USA ganz einfach darum gehen, alles, ja wirklich alles, zu unternehmen, um einen drohenden Verlust der absoluten Vorherrschaft der USA zu verhindern? Denn das Überleben des gigantischen Rüstungssektors,

zwingen, den Öl-Handel weltweit in Dollar abzuwickeln. Für diese ihre absolute Vorherrschaft benötigen die USA den gigantischen Militär- und Sicherheitsapparat mit über 800 Militärbasen auf dem Planeten, der die Hälfte der globalen Rüstungskosten verschlingt. Sie benötigen zudem auch innenpolitisch die umfassende Mobilisierung von rassistischen Instinkten, die Trump inzwischen zur Grundlage seiner Wahlkampfstrategie gemacht hat.

Trump's Politik mit *Amerika First* ist nur vordergründig verrückt. In Wirklichkeit ist sie Ausdruck einer minutiös durchdachten Strategie der genannten Machtzentren, um das Fundament ihrer absoluten Vorherrschaft mit allen erdenklichen Mitteln zu verteidigen. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, die Kündigung des INF-Vertrages und der Bruch des Iran-Atom-Abkommens liegen sämtlich auf dieser Linie. Dazu gehört auch Trumps unverhohlener Versuch, den Dollar wie nie zuvor als einen ökonomischen Hebel gegen die US-Handelspartner einzusetzen. Neu ist dabei die Haltung des US-Präsidenten, so offensichtlich wie nie zuvor das Völkerrecht, wie im Konflikt mit Iran, zu brechen und damit die Autorität internationaler Institutionen zu demolieren. Der Ausstieg aus dem Iran-Atomabkommen, die direkten Iran-Sanktionen sowie deren exterritoriale Anwendung, die Androhung eines Angriffskriegs gegen Iran – dies alles sind klare Brüche des Völkerrechts.

Im Lichte dieser Analyse ist der gegen Iran geführte Wirtschaftskrieg auch ein indirekter Wirtschaftskrieg gegen diejenigen Kräfte in der EU, die gegenüber den USA skeptisch sind. Mit ihrer exterritorialen Sanktionspolitik versucht die US-Regierung der EU ihre aggressive Iran-Politik des maximalen Drucks aufzuzwingen und diese in einen Krieg gegen den Iran hineinzuziehen. Dazu gehört auch der Plan, durch die Beschlagnahme

des iranischen Öltankers Grace 1 in Gibraltar eine Gegenreaktion des Iran auszulösen und eine Eskalation zu bewirken. Dies fand dann mit der Festsetzung des britischen Öltanker Stena Impero im Persischen Golf durch die iranische Marine auch statt.

Tatsächlich zielt das Lager der Kriegstreiber in der US-Führung darauf ab, außer den willigen Kriegverbündeten Saudi Arabien und Israel vor allem auch die EU als US-Kriegsverbündete gegen den Iran zu gewinnen. Damit sollen die Skeptiker in der US-Führung zur Zustimmung zum Iran-Krieg gedrängt und ein inneramerikanischer Kriegskonsens hergestellt werden. Mit dem neuen britischen Premier Boris Johnson hat die US-Regierung in Europa einen treuen Kriegverbündeten gewonnen. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist jedoch, dass sich die

Sozialdemokraten in Deutschland offensichtlich entschieden haben, nicht in die Falle der US-Regierung zu tappen.

So gesehen hat die internationale Friedensbewegung einen wirksamen Hebel, die in Bewegung gesetzte Kriegsmaschinerie gegen den Iran zu stoppen. Es geht jetzt darum, die Kriegsgegner innerhalb Deutschlands und der EU gegen jedwede Beteiligung Deutschlands bzw. der EU an einer militärischen Eskalation im Persischen Golf zu aktivieren und alle EU-Regierungen für ein klares Nein zum Iran-Krieg zu gewinnen.

Der Autor ist im Iran geboren, er lebt seit 1991 in der BRD und ist emeritierter Professor für Politik und Wirtschaft und Buchautor. Siehe das aktuelle Interview mit Mohssen Massarrat bei Russia Today vom 15.07.2019 <https://www.youtube.com/watch?v=cbiKAEM0rml>

+++ aktiv gegen krieg +++

## Stopp Iran-Krieg!

Das Säbelrasseln der USA wird begleitet von der Aussage Trumps, er wolle nur eine iranische Atombombe verhindern. Tatsächlich hat der Iran nach Auskunft der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) alle Bedingungen für das Atomabkommen eingehalten. Oder geht es doch um anderes? Die „Leipziger Volkszeitung“: „Ein wesentlicher Grund für diesen [von der CIA gesteuerten] Putsch [1953] war, dass Mossadegh die iranische Ölindustrie, die sich vollständig in der Hand der britischen Anglo-Iranian Oil Company befand, nationalisiert hatte. Unter dem Schah wurden daraufhin 80 Prozent der iranischen Ölindustrie unter die Kontrolle von britischen und US-Firmen gestellt. Nach der Islamischen Revolution von 1979 wurde die iranische Ölindustrie wieder verstaatlicht.“ Es geht um die Kontrolle des Ölreichums! In dieser Tradition der Aggression steht auch Trump. Notwendig sind breite Bündnisse, um einen Iran-Krieg zu verhindern!

Attac Hamburg, Peter Klemm; siehe: <https://www.lvz.de/Nachrichten/Kultur/Kultur-Regional/Doppelstandards-Journalismusforscher-sieht-Defizite-in-der-Iran-Berichterstattung>

+++ engagiert für den Frieden +++

Regionalmacht unangetastet blieb. Genauso wenig wollten sich jedoch die Neocons damit abfinden, dass die EU im Rahmen des Iran-Konflikts sich langfristig aus ihrer strukturellen Abhängigkeit von den USA herauslösen könnte. Die gegenwärtig bestehende nukleare Bevormundung, die Energie-Abhängigkeit und die währungspolitische Gängelung durch die USA macht die EU – obgleich es sich rein formal um die größte Ökonomie der Welt handelt – außenpolitisch handlungsunfähig, ja zur weltpolitischen Luftnummer. Die absolute Schwäche der US-Verbündeten ist gleichzeitig die relative Stärke der USA selbst.

Damit erscheint die Aufkündigung des Iran-Atomabkommens und die konsequente Vorbereitung des Iran-Krieges in neuem Licht. Könnte es den herrschenden

der sich allein aus globalen Konflikten nährt, hängt entscheidend davon ab, dass die USA auf weitere Jahrzehnte ihre absolute Vorherrschaft ausüben. Ähnliches gilt auch für die Fortexistenz eines Finanzsektors, der nur deshalb floriert, weil er immense Kaufkraft aus den produktiven Sektoren abzweigt und zugleich weltweit Arbeitslosigkeit, Armut und Elend schafft. Auch der nuklear-fossile Energiesektors, der angesichts des Klimawandels keine Zukunft hat, kann seinen Untergang nur dadurch hinausschieben, dass die USA der Weltgemeinschaft ihren Energiepfad gewaltsam aufzwingen. Nicht zuletzt können die USA der Welt den Dollar als Weltwährung so lange aufkotzieren, wie es ihnen gelingt, sämtliche Ölstaaten, einschließlich Iran, in letzter Instanz auch durch Bomben dazu zu

+++ aktiv gegen krieg +++

## Freier Zugang zum A-Bomben-Lager – Büchel Juli 2019

Am 10. Juli drangen drei Aktive aus den USA und eine Niederländerin in den Eifler „Fliegerhorst Büchel“ ein. Dort liegen rund 20 US-Atombomben. Diese sollen in den kommenden Jahren für viele Milliarden Euro durch neu entwickelte Atombomben ausgetauscht werden. Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe der NATO“ müssten gegebenenfalls Bundeswehr-Piloten diese Bomben auf Befehl des US-Präsidenten einsetzen.

Die FriedensaktivistInnen schnitten mit einfachen Baumarkt-Bolzenschneidern (Stückpreis: 15,99 Euro) den neuen Sicherheitszaun sowie den dahinterliegenden alten Militärzaun auf. Sie ließen sich mit ihren Transparenten fotografieren und wanderten gemächlich den Abhang hoch. Fünf weitere drangen an einer anderen Stelle in den Zwischenbereich der beiden Zäune ein.

Zum dritten Mal in aufeinanderfolgenden Jahren kamen zur Internationalen Woche AktivistInnen aus den USA, aus den Niederlanden, aus England und anderen Ländern nach Büchel. Inzwischen sind mehr als 60 Mal Menschen in den Atomwaffen-Stützpunkt eingedrungen. Der anwesende John LaForge von der US-Organisation Nukewatch: „Genauso, wie die nukleare Abschreckung eine Illusion ist, ist es auch nicht möglich, Atomwaffen sicher zu lagern.“

Marion Küpker; Infos siehe: [www.buechel-atombombenfrei.de](http://www.buechel-atombombenfrei.de)

+++ engagiert für den Frieden +++



Hinterlassenschaft auf einer verlassenen US-Air-Force-Basis auf Grönland

# US-Militär – der größte Umweltvergifter

Werner Rügemer

Das US-Militär betreibt 5.429 Militärstützpunkte, davon in den USA 4.564, in annektierten „Überseegebieten“ (die nicht zum US-Staatsgebiet gehören) wie Guantanamo, Diego Garcia und Guam 104 und dann vor allem in Vasallenstaaten wie Deutschland, Ägypten, Panama, Südkorea und Japan weitere 761. Weiter sind die größten Rüstungskonzerne der Welt eng mit dem US-Militär verbunden. Das US-Militär hat einen dreifach größeren Etat als China; er ist zwölfmal größer als der russische. Es führt weltweit zahlreiche völkerrechts- und menschenrechtswidrige Kriege. Der US-Kongress hat 1998 das Militär vom Kyoto-Protokoll ausgenommen.

## Guantanamo:

### Umweltfreundlicher foltern

Trotzdem will auch das US-Militär natürlich mehr für die Umwelt tun. So soll Siemens im Auftrag des Pentagon für 829 Millionen US-Dollar die Energieversorgung der US-Naval Base Guantanamo

„effizienter“ machen und mehr Klimaanlagen einbauen. Beim Foltern kann man schon mal ins Schwitzen kommen – zum Stützpunkt gehört das Folterlager. Der Wartungsvertrag läuft bis 2043. Zur Base gehören ein Restaurant für 4000 warme Mahlzeiten täglich, mehrere hundert Fahrzeuge, Wohnungen für mehrere hundert Militärs, Supermarkt, Kino, Clubhaus mit Bar und Lounge, Bowlingbahn, Barbecue Area, Bibliothek, mehrere Büros und auch ein Raum für Priester, Filialen von McDonald's und Subway, Sportplätze, Krankenhaus, Erste Hilfe-Station, Meerwasser-Entsalzungsanlage, vier Windkraftanlagen, Scheinwerfer-Netz, Lagerhallen, Tiefenwasser-Hafen, Flugplatz, Grenzzaun mit 44 Wachtürmen, Spähanlagen für Kuba und die Karibik. Da Kuba keinen Strom und kein Wasser liefert, muss das zum größten Teil mit Schiffen und Flugzeugen herangeschafft werden. Das Personal macht Heimatbesuche und Urlaub: Ein Stützpunkt ist energieaufwendig, und Guantanamo ist einer der kleineren.

## Thule, Lemonnier, Bondsteel

Jüngst machte die Meldung Furore, wonach Trump Grönland von der dänischen Regierung „abkaufen“ will. Tatsächlich sind die USA auf der nördlichen Insel massiv vertreten: so mit der Thule Air Base. Dort überwachen 550 US-Militärs die Nordhalbkugel, insbesondere Russland. Erkundet werden die „wertvollen Bodenschätze“ (Trump) unter dem Eis der Arktis. Die Einrichtungen für Wohnen, Freizeit und Arbeiten des Personals sind vergleichbar denen in Guantanamo. Zwei Kraftwerke produzieren Energie, unter anderem für das ständige Heizen. 505 Spezialfahrzeuge brauchen Sprit, um die Umgebung zu erkunden. Mit 10 Flügen pro Tag werden Material, Geräte, Nahrungsmittel und Menschen hin- und wegtransportiert.

Camp Lemonnier in Djibuti (am Horn von Afrika) koordiniert das Drohnen-Netzwerk für Afrika. 4.000 Militärs, Special Forces und Filialen von US-Rüstungsfirmen organisieren mit Flugzeugen und Kriegsschiffen globale Einsätze.

Camp Bondsteel im Kosovo mit

7000 Militärs ist eine Stadt mit Flugplatz, Lagerhallen, Reparaturwerkstätten, Wohnungen, Supermarkt, zwei Kirchen, Sportplätzen, Kino, Bars, Fastfood-Restaurants von Burger King und Anthony's Pizza. Dazu gehören Außenstellen in Serbien und Mazedonien. Bondsteel ist wie Ramstein in Deutschland Drehscheibe einer globalen Logistik.

## Energieverbrauch im Frieden, bei Manövern und in Kriegen

Die Stützpunkte und Armeen der USA mit ihren 1,43 Millionen Soldaten werden mit Energie, Materialien, hunderttausenden Kriegs- und Zivilfahrzeugen, Nahrungsmitteln und Munition versorgt; das Personal wird laufend ausgetauscht. Deren globaler Transport verbraucht zusätzliche Energie, etwa beim Dauerauftrag an die größte Container-Reederei Maersk. Ständig kreuzen zehn Flugzeugträger auf allen Meeren. Diese größten Kriegsschiffe der Welt haben jeweils 6000 Mann/Frau Besatzung, 75 Flugzeuge sowie Marschflugkörper an Bord. Sie werden begleitet von einem Dutzend Versorgungsschiffen. Die Air Force hat mit 4000 Kampf- und Transportflugzeugen mehr Flugzeuge als die alle US-Fluggesellschaften zusammengenommen. Hinzu kommen 4000 Kampf- und Transporthubschrauber. Ein Teil der Jets befindet sich ständig zur Überwachung (oder zum kurzfristigen Kampfeinsatz) in der Luft. 2005 schätzte das Pentagon, dass es jährlich 14 Billionen Liter Benzin verbraucht. Das entspricht mehr als einem Viertel der gesamten deutschen Kraftfahrzeugflotte mit 45 Millionen Einheiten. Der Verbrauch ist bei Invasionen und Kriegen wie in Libyen, Syrien,

Afghanistan und Irak dann nochmals wesentlich höher und stieg unter Obama und Trump an, durch internationale Manöver und die Umkreisung Russlands und Chinas.

## Rüstungsproduktion und Waffentests

Hohen Energie- und Umweltverbrauch haben auch die Rüstungskonzerne für globale Rohstoff-Beschaffung, Produktion, Tests und Wartung. US-Konzerne mit Lockheed, Boeing, Raytheon, Northrop usw. produzieren 60 Prozent der Weltrüstung. Das US-Militär verletzt nicht nur Völkerrecht und Menschenrechte, sondern auch Umweltrechte. Das Pentagon führt die Liste der Atomtests an. Bislang gab es 1039. Denen in den USA und weltweit auch Soldaten und Tiere ausgesetzt wurden.

## Krebs, vergiftetes Grundwasser

In Kriegen werden geächtete Waffen mit tödlichen Langzeitwirkungen eingesetzt, beginnend mit den beiden US-Atombomben 1945, dann etwa das Dioxin in Vietnam und das abgereicherte Uran u.a. im Irak, in Serbien bzw. im Kosovo. Ausgemusterte Schiffe werden samt hochgiftiger Ladung vielfach im „freien“ Meer versenkt. Weltweit verseuchen US-Stützpunkte Meer- und Grundwasser und Böden mit krebserregenden Stoffen, auch in „befreundeten“ Staaten wie Deutschland.

Werner Rügemer lebt in Köln und arbeitet als Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer. Sein letztes Buch: *Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts – Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure*, 356 Seiten, PapyRossa Köln, 19,90 Euro.

## Es bleibt mehr als hundertfacher Mord

# 10. Jahrestag des Kundus-Massakers der Bundeswehr in Afghanistan

Heike Hänsel

In der Nacht des 4. September vor 10 Jahren wurden auf Befehl der Bundeswehr in der afghanischen Provinz Kunduz durch die US-Luftwaffe zwei Tanklastwagen bombardiert. Dabei wurden mehr als 140 Menschen, darunter zahlreiche Kinder, getötet, die gerade dabei waren, Benzin abzufüllen.

Den Befehl dazu gab der damalige Bundeswehroberst Georg Klein als Kommandeur des nordafghanischen Stützpunktes Kunduz. Er hatte behauptet, dadurch einen möglichen terroristischen Angriff mit gekaperten Tanklastern durch Taliban-Kämpfer verhindert zu haben. Obwohl selbst der damalige US-Oberbefehlshaber der ISAF-Truppen unmittelbar nach dem Angriff dessen Rechtmäßigkeit bezweifelt hatte, wurde Klein in Deutschland nie strafrechtlich verurteilt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss brachte wenig Erhellendes zutage. Schon gar nicht kam es zu strafrechtlichen Konsequenzen. Im Gegenteil: Klein wurde 2012 sogar zum Brigadegeneral befördert.

Auch der Umgang mit den Hin-

terbliebenen der Opfer, viele davon bettelarm, war mehr als schändlich. Die Bundesregierung hatte erst nach viel öffentlicher Kritik den Familien der Opfer jeweils 5000 Euro Entschädigung ausgezahlt, dies aber mit einem Ausschluss eines Schuld- eingeständnisses verbunden, um Rechtsansprüche auszuschließen. Ein Gedenken der Opfer im Bundestag, wie von der Linksfraktion und dem Grünen-Abgeordneten Christian Ströbele beantragt, wurde abgelehnt. Daraufhin erinnerten Mitglieder der Linksfraktion anlässlich der Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr im Februar 2010 im Bundestag mit Namensschildern an die Opfer. Sie wurden vom damaligen Bundestagpräsidenten Lammert des Saales verwiesen. Auch eine Klage von Angehörigen zweier Opfer scheiterte vor dem Bundesgerichtshof. Zur Begründung hieß es, dass das „Amthafungsrecht“ nicht auf „militärische Handlungen der Bundeswehr im Rahmen von Auslandseinsätzen“ anwendbar ist.

Die mit Abstand größte Zahl von Opfern bei einem Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr hatte keinerlei Auswirkungen auf den

Bundeswehreinsatz: Das Afghanistan-Mandat wurde Jahr für Jahr wieder verlängert. Bei dem jetzt als „Ausbildungsmandat“ laufenden NATO-Einsatz „Resolute Support“ sind immer noch rund 1300 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert.

10 Jahre nach Kunduz hält die Gewalt in Afghanistan unvermindert an. Immer mehr Zivilisten werden laut neuestem UN-Bericht durch afghanische Regierungstruppen und ihre NATO-Verbündeten getötet. Die damit verbundene Abschiebepaxis in das Land ist unverantwortlich und menschenfeindlich. Für die Friedensbewegung bleibt die Aufgabe klar: nur ein sofortiger, vollständiger Abzug der NATO-Truppen verbunden mit entschiedenen Friedensinitiativen kann zu einem Ende des Krieges beitragen. Dazu gehören vor allem transparente, demokratische Friedensverhandlungen, die alle Teile der Gesellschaft sowie zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Die Autorin ist Mitglied des Bundestags und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Freiheit für Assange und Manning

175 Jahre Haft – wenn nicht die Todesstrafe – drohen Wikileaks-Gründer Julian Assange im Fall seiner Auslieferung durch Großbritannien an die USA. An ihm soll wegen der Enthüllung von US-Kriegsverbrechen ein Exempel statuiert werden. Die Anklage gegen Assange basiert auf einem US-Spionagegesetz aus dem Jahr 1917. Das Vorgehen mit diesem Gesetz aus der Zeit des Ersten Weltkrieges ist ein Tabubruch. Der US-Whistleblower Edward Snowden spricht von einer „Kriegserklärung gegen den Journalismus“. Es droht die Verfolgung aller Journalisten, die geheime Dokumente veröffentlichen wie etwa das Video „Collateral Murder“, das die Tötung von 18 Zivilisten in Bagdad, darunter zwei Reuters-Journalisten, durch US-Soldaten dokumentiert. Seit einem halben Jahr sitzt die Whistleblowerin Chelsea Manning, die Militärdokumente an Wikileaks weitergab, in US-Beugehaft, um belästigende Aussagen gegen Assange zu erzwingen. Ihr droht ein weiteres Jahr Knast, weil sie sich weigert, mit einer geheim tagenden Grand Jury zu kooperieren. Zusätzlich soll sie für jeden Tag Gefängnisarrest 1000 US-Dollar Strafgeld zahlen. Dagegen setzen wir internationale Solidarität: Freiheit für Chelsea Manning! Freiheit für Julian Assange! Sevim Dagdelen

## +++ engagiert für den Frieden +++

# Der Waffenhandel wächst weltweit – so auch der Widerstand mit dem GLOBAL NET!

Jürgen Grässlin

Laut Stockholm Peace Research Institute, SIPRI, verzeichnete der weltweite Handel bei Großwaffensystemen (also Kampfflugzeuge und Militärhelikopter, Kriegsschiffe und Kampfpanzer) eine Steigerung von 7,8 Prozent. Mit seiner jüngsten Analyse verleiht SIPRI den Fünf-Jahres-Zeitraum von 2014 bis 2018 mit dem von 2009 bis 2013. Als weltweit viertgrößter Exporteur von Großwaffen weist Deutschland gar eine Steigerungsrate von 13 Prozent auf.

## Italien stoppt Bombenlieferungen für Krieg im Jemen

Otfried Nassauer

Die italienische Rheinmetall-Tochter RWM-Italia muss ihre umstrittenen Exporte konventioneller Bomben nach Saudi-Arabien stoppen. Angeordnet hat dies offenbar die italienische Regierung. Das geht aus einem Brief des Geschäftsführers von RWM-Italia, Fabio Sgarzi, an seine Mitarbeiter hervor. Das politisch verordnete „Aus“ gilt zunächst für 18 Monate und für alle – auch bereits genehmigte – Lieferungen nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate. Begründet wird es mit der Beteiligung beider Länder am Krieg im Jemen. Infos: Otfried.Nassauer@bits.de · Website: www.bits.de

Dabei wählen immer mehr Kriegswaffenlieferanten die Strategie der Verlagerung in Staaten mit laxerer Rüstungsexportkontrolle. Der Grund: Hierzulande ist es den Aktiven von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gelungen, den Druck auf den Gesetzgeber derart zu erhöhen, dass die Rechtslage sukzessive verschärft werden musste. Auch wenn diese noch viele Schlupflöcher aufweist, gehen die Einschränkungen vielen Waffenschmiedern schon jetzt zu weit.

Die Folge: Nach unserer erfolgreichen Strafanzeige und der Verurteilung Verantwortlicher vor dem Landgericht Kiel wegen des illegalen Exports zehntausender Pistolen über die Vereinigten Staaten ins Bürgerkriegsland Kolumbien hat SIG Sauer die Kriegswaffenproduktion weitgehend in die USA verlagert.

Mittels eines Joint-Ventures mit dem südafrikanischen Munitionshersteller Denel plant Rheinmetall die Eroberung des globalen Munitionsmarktes vom afrikanischen Kontinent aus. 38 Munitionsfabriken sollen weltweit gebaut werden. Zudem verlagerte der Düsseldorfer Rüstungsriese die Produktion großkalibriger Munition zur italienischen Unternehmenstochter RWM Italia, die von Sardinien aus Munition nach Saudi-Arabien exportierte. Die saudischen Streitkräfte setzten RWM-Granaten im Jemen-Krieg gegen die Zivilbevölkerung ein.

- Anzeige -

inklusive eBook  
mit 15 weiteren Texten



WESTEND

# Frieden! Jetzt! Überall!

Ein Aufruf

Texte von: Peter Brandt · Reiner Braun · Michael Müller (Hrsg.)  
Katarina Barley · Frank Bsirske · Sigmar Gabriel · Michail Gorbatschow · Matthias Platzeck · Horst Teltschik · Jürgen Trittin · Sahra Wagenknecht · Ernst Ulrich v. Weizsäcker u.v.m.



Der Tod ist ein Meister aus Oberndorf. Mitglieder der Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch protestieren mit einer Schweigestunde vor der 5. H&K-Hauptversammlung am Badhaus in Rottweil gegen die illegalen G36-Gewehrexporte nach Mexiko. Sie erinnern dabei an die unzähligen Toten und Verletzten durch den Einsatz von H&K-Waffen im Drogenland Mexiko. Quelle: Stephan Möhrle, RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)

## GN-STAT-FÄLLE legalen und illegalen Waffenhandels weltweit

FALL 01: „Deutsche Waffenexporte für den Völkermord: Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid osmanischer Streitkräfte an Armeniern (1895 – 1915)“.

FALL 02: „Der illegale Mexiko-Deal – die Exporte Abertausender G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch in mexikanische Unruheprovinzen (von 2006 bis 2009)“

FALL 03: „High-Tech für Potentaten und Gewaltherrscher – Wie mit israelischen Waffen Menschenrechte verletzt werden“

GN-STAT FALL 05 zur weltweit wirkenden Korruption beim italienischen Rüstungsriesen LEONARDO wird im Herbst publiziert; desgleichen FALL 06 „Profiteure der Abschottung. Wie Rüstungskonzerne mit Waffenlieferungen und Grenzsicherungssystemen Milliarden verdienen – und was wir aktiv dagegen tun können“.

## Weltweite Vernetzung aller Gegner\*innen des Rüstungsexports vonnöten

Ein erfolgversprechender Ansatzpunkt zur Gegenwehr ist das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE mit der Website [www.gn-stat.org](http://www.gn-stat.org) in mehreren Sprachen. Mit dem weltweit einmaligen Netzwerk wollen die GN-Aktiven des RüstungsInformationsbüros (RIB e.V.), des International Peace Bureaus (IPB), der DFG-VK und der IPPNW Fälle des Waffenhandels auf allen Kontinenten aufdecken und das globale Geflecht der Kriegspolizei entlarven. Und sie wollen gewaltfreie Aktionen sowie Klageverfahren gegen Rüstungsmanager,

Politiker und Lobbyisten in aller Welt initiieren oder unterstützen.

## Mitmachen beim GLOBAL NET!

Die neuen GN-Recherchefälle werden 2019/2020 ergänzt durch den GN-STAT-NEWSLETTER, die GN-STAT DAILY NEWS und den GN-STAT GLOBAL EVENT CALENDER als tagesaktuelle Infos zum Waffenhandel in aller Welt.

Die GN-STAT-Texte werden übersetzt in Englisch als Standard-sprache und in Deutsch, je nach Bezug in Französisch, Portugiesisch, Spanisch und Russisch. Mit dem Aufbau der Sprachenteams sind erste Übersetzungen ins Arabische

erfolgt, Italienisch soll folgen.

Unsere Bitte: Mach mit bei GLOBAL NET und unterstütze den weltweiten Widerstand gegen Waffenhandel!

Jürgen Grässlin ist Vorsitzender des RIB e.V. und Initiator des GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE als RIB-Projekt, Sprecher von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und der DFG-VK sowie Mitbegründer der Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch.

Kontakt: E-Mail: [jg@rib-ev.de](mailto:jg@rib-ev.de), Tel. 0049-(0)761-7678208  
Wichtige Websites: [www.gn-stat.org](http://www.gn-stat.org), [www.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com), [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de) und [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)

## +++ aktiv gegen krieg +++

### Erfolgreiche Aktion gegen Heckler & Koch

Bereits Ende Mai 2019 war es Aktivist\*innen bei der Hauptversammlung (HV) der Rheinmetall AG in Berlin gelungen, in einer spektakulären Aktion die Bühne zu besetzen und den Vorstand und Aufsichtsrat mit den fatalen Folgen der skrupellosen Rüstungsexportpolitik zu konfrontieren. Mitte Juli 2019 wiesen wir Kritischen Aktionär\*innen Heckler & Koch (KA H&K) mit unserer Schweigestunde vor der HV visuell auf die zahlreichen Opfer des hemmungslosen und oft widerrechtlichen Exports von Sturmgewehren nach Mexiko hin.

In der Hauptversammlung gelang es uns mit einem Feuerwerk von Fragen und in zahlreichen Redebeiträgen, das H&K-Desaster in seiner gesamten Breite aufzuzeigen. Die Berichterstattung in den Medien gab dementsprechend nicht einzig die einseitig positive Darstellung des Unternehmens zu den Bilanzzahlen wieder, sondern – umfassend – auch unseren stark konträren Kenntnisstand.

Gemäß der „Grünen-Länder-Strategie“ werden zukünftig einzig noch NATO- und EU-Staaten H&K-Waffen erhalten. Brasilien unter Bolsonaro und sogar der NATO-Partner Türkei werden zukünftig nicht mehr beliefert. Zwischenerfolge auf dem Weg in Richtung Rüstungskonversion und Waffenproduktionsstopp.

Jürgen Grässlin, Informationen & Kontakt: [www.rib-ev.de](http://www.rib-ev.de), [www.gn-stat.org](http://www.gn-stat.org), [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de), [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de), [www.kritischeaktionaeere.de](http://www.kritischeaktionaeere.de)  
RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) / Stühlingerstr. 7 / 79106 Freiburg  
Die Zusammenstellung der MEDIENBERICHTE sowie die FRAGEN KRITISCHER AKTIONÄR\*INNEN UND ANTWORTEN DER H&K-GESCHÄFTSFÜHRUNG können beim RIB e.V. angefordert werden.

Kritische Aktionäre / E-Mail: [dachverband@kritischeaktionaeere.de](mailto:dachverband@kritischeaktionaeere.de)  
Telefon: 0221-599 56 47, Fax: 0221-599 10 24

## +++ engagiert für den frieden +++

Ulrich Sander

Vor meinem Bücherregal hängt eine Stofftasche mit der eigenwilligen Aufschrift „helMUTH hÜBENer – Wir denken daran“. In der Sofaecke befindet sich ein Kissen mit dem Text „What would Helmuth do?“ Beides sind Geschenke der Stadtteilschule Helmuth Hübener in Hamburg-Barmbek. Es sind Anfertigungen im Rahmen eines Wettbewerbs der Schülerinnen und Schüler. Der Wettbewerb wird alle zwei Jahre veranstaltet, seit die Schule sich den Namen des jungen Widerstandskämpfers gegeben hat. An der Auswahl des Namens durfte ich teilnehmen. Und das kam so: Einer Lehrerin im Schwangerschaftsurlaub hatte man gesagt: Du hast Zeit, nun suche mal einen Namen für unsere Schule, die bisher schlicht Benzenbergweg-Schule hieß. Man dachte so an eine Art Geschwister-Scholl-Schule. Aber diesen guten Namen gibt es ja oft. Junger Widerstand sollte es sein. So wurden im Internet Karl Heinz Jahnkes und meine Forschungen zu dem Thema gefunden, und ich schlug den Namen „Helmuth-Hübener-Schule“ vor. Die Schulkonferenz stimmte zu.

**Mutiger Widerstand gegen Nazis**

Helmuth Hübener wurde 17-jährig zum Tode verurteilt und am 27. Oktober 1942 in Berlin-Plötzensee ermordet. Er war ein Verwaltungslehrling aus Hamburg, der jüngste vom Volksgerichtshof zum Tode Verurteilte. Im Radio hatte er überraschende aufklärende BBC-Sendungen gehört und ihre Inhalte zu Flugblättern verarbeitet, die er gemeinsam mit drei Freunden verteilte. Manche Flugblätter befassten sich mit dem von Nazideutschland gestarteten Bombenkrieg. Hübener warnte: Dieser Krieg wird auch über uns kommen. Und tatsächlich: Die eifrigen Nachbarn, die da in Hammerbrook Hübeners Flugblätter nicht beachtetten, aber diese gehorsam zur Gestapo trugen, sie kamen vermutlich alle im Gomorrha-Feuersturm 1943 ums Leben. Wer heute durch die Stadtteile Hammerbrook, Hamm und Horn geht, sieht an den Hauseingängen hundertfach die Inschrift; „Zerstört 1943 – Wiederaufgebaut 195..“. Unter den Toten waren auch Helmuth Hübeners Großeltern und seine Mutter. Er musste schon vorher sterben, weil er die Wahrheit verkündet hatte.

**Parallelen und Unterschiede**  
Wie geschildert, schreiben die Schüler Helmuth Hübeners Namen mit

**Helmuth und Greta**

**Ein junger Hitler-Gegner.  
Eine junge Klima-Aktivistin**



den Großbuchstaben darin: MUT ÜBEN. Und sie fragen: „What would Helmuth do?“ Was würde er tun?

Eine Antwort finde ich in der Schülerzeitung jener Schule. Es geht um Greta Thunberg in Hamburg, „die

junge Rebellin“ aus Schweden. Greta ist so jung wie Helmuth war, als er seine ersten Flugblätter verteilte. Greta war am 25. Januar erstmals in Hamburg und wirkte dort an der „Fridays for Future“-Demo vor dem Hamburger Rathaus mit. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut“, zitiert die Schülerzeitung die Demo-Teilnehmerinnen und -teilnehmer. „Wir sind die letzte Generation, die den Klimawandel aufhalten kann, deshalb liegt es in unserer Verantwortung, dagegen etwas zu tun.“

„What would Helmuth do?“ Er wäre sicher an Gretas Seite. Er schrieb einst in seinem Flugblatt: „Es wird sich was ändern, wenn alles sich rührt, – und dann hat Hitler auskalkuliert.“

Die Schülerzeitungsmacher schreiben: Die Schülerinnen und Schüler sehen sich „als Jugendbe-

wegung, organisieren sich basisdemokratisch über Whats-App-Gruppen in ganz Deutschland“. Helmuth hatte diese Möglichkeit nicht; aber auch er nutzte die damals neueste Technik – surfte herum und fand im Radio die BBC. Es gab seinerzeit noch drei weitere Gruppen, die so ähnlich handelten wie Helmuths Widerstandskreis: Auslandsradio hören und das Gehörte verbreiten – versehen mit eigenen Kommentaren. In München und Wien gingen die Gruppen gar zum Bau eines Senders über. Und in Erfurt machte man es wie in Hamburg. Alle Jugendlichen wurden schwer bestraft, der junge Münchner Walter Klingenberg starb ebenfalls durch Henkershand.

Diejenigen, die sich mit dem Schicksal der jungen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer befassten, ziehen die Lehren: Sie nutzen die Möglichkeit zu handeln, bevor der Widerstand das Leben kosten kann. Aber es kann unser aller Leben kosten, wenn alles so weiterläuft wie bisher: Das Klima geht kaputt. Aber es kann vorher noch mehr kaputtgehen: durch Bomben und Krieg. Helmuth würde es sicher tun: Die Frage des Krieges in den Jugendbewegungen thematisieren.

Die Schülerzeitung „Der Papierflieger“ sei nochmals zitiert: „Greta Thunberg geht es nicht um Bekanntheit, sondern um eine Klimagerechtigkeit und einen lebenswerten Planeten. Zur heutigen Zeit wollen die Menschen immer und immer mehr Geld verdienen, dabei ist, egal, wie es der Natur schadet. Unsere Biosphäre wird geopfert, wenn die Umwelt erst einmal soweit zerstört ist, dass das Klima der Erde sich wandelt, dass die Erderwärmung die Pole schmelzen wird, dann gibt es kein Zurück mehr.“

Auch Helmuth Hübener ging es nicht um Bekanntheit, konnte es nicht gehen. Dass jedoch die Gleichaltrigen ihn nach 1945 nicht bekannt gemacht haben, ist schon bedrückend. Die Kohl und Augstein, die Gleichaltrigen, nahmen für sich die „Gnade der späten Geburt“ in Anspruch. Günter Grass machte eine Ausnahme: Er zitierte in „Örtlich betäubt“ einen Artikel von mir über die Jungen aus Hamburg.

Kürzlich startete die Bewegung „Parents for Future“. In den Unterlagen des Zuchthauses Plötzensee fand ich einen überraschenden Bezug zur Elterngeneration. Am Tag, an dem Hübener hingerichtet wurde, mussten am selben Ort auch Gustav Richter und sein 22-jähriger Sohn Rudolf sterben. In der Urteilsbegründung hatte es geheißen: „Der Angeklagte Rudolf Richter hat als Dienstverpflichteter in einem Rüstungsbetrieb seine Arbeitskameraden angereizt, durch Verminderung der Rüstungserzeugung zur Beendigung des Krieges beizutragen. Auch hat er marxistische Bücher und zersetzende Aufzeichnungen verbreitet [...]“ Dem kommunistischen Arbeiter Gustav Richter warf die Anklage vor, dass er seinen Sohn nicht „anders erzogen“ und ihn in seinem Widerstand bestärkt habe.

Bestärken wir alle den Widerstandsgeist unserer Kinder und Enkel – bevor es zu spät ist!

Der Autor ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN-BdA. Der Artikel erschien erstmals in „Ossietzky (Weltbühne)“ am 4. Mai 2019.

**+++ aktiv gegen krieg +++**

**Was können Friedens- und Umweltbewegung gemeinsam tun?**

Ein Hauptthema im Sommerloch 2019 war das Pro und Contra einer CO2-Steuer gegen den Klimawandel. Dabei wird - von manchen Akteuren bewusst - verdeckt, dass der Klimawandel nur die Spitze des Eisberges massiver Umweltprobleme ist. Das Umweltbundesamt hat bereits 2012 und zuletzt 2016 vorgerechnet: Die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland liegen bei 57 Milliarden Euro und über 90 Prozent davon belasten das Klima. In ähnlicher Weise könnte man von den aktuell 43 Milliarden Euro des so-

nannten Verteidigungshaushaltes wohl 90 Prozent als überflüssig bezeichnen. 100 Milliarden Euro jährlich wären, wenn man diese beiden Beträge addiert, sicherlich auch die Größenordnung des umweltpolitischen Handlungsbedarfs. Worin die umweltpolitischen Fehlsteuerungen im Einzelnen bestehen, wird bereits vom Umweltbundesamt benannt. Die Fehlsteuerungen des Rüstungsetats hingegen müssen von der Friedens- und Umweltbewegung gemeinsam in die öffentliche Debatte gebracht werden. Die Bundeswehr soll weltweit als Brandstifter eingesetzt werden, wo eigentlich als Feuerlöscher finanzielle Ressourcen für eine sozial-ökologische Entwicklung nötig wären – was auch für Deutschland zwingend notwendig ist. Karl-Heinz Peil

**+++ engagiert für den frieden +++**

## Stopp Air Base Ramstein

# Neue fette Trump-Lüge: „US-Truppen in Deutschland werden abgezogen“

Reiner Braun und Pascal Luig

**D**as politische Sommertheater wird aufgefrischt durch eine handfeste Erpressung. Angeblich denkt Trump über den (teilweisen) Abzug der US-Truppen aus Deutschland nach. Ein Erpressung, um noch mehr Geld für Krieg aus der deutschen Regierung herauszupressen. Realität ist: Im Haushalt der USA für 2019 sind rund 600 Millionen US-Dollar für den Ausbau, die Modernisierung und die Erweiterung allein der US-Basis in Ramstein vorgesehen. Plumper geht es kaum.

Ohne Zweifel wäre für den Frieden und die Entmilitarisierung einer ganzen Region gut, wenn die US-Truppen aus Deutschland verschwinden würden. Wobei sie dann zurück in die USA geschickt werden müssten und nicht nach Polen verlagert werden dürfen, wo sie noch schneller gegen Russland marschieren könnten. Allerdings ist die Protestbewegung noch nicht so weit.

### Die Protestaktionen im Juni 2019

Es waren der drohende Iran-Krieg und die Stationierung neuer Atomwaffen, die tausende Menschen zum Protest auf die Straße führten. Die mehr als 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die dem Aufruf der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ am Samstag, dem 29. Juni, in der Gluthitze folgten, protestierten gleichzeitig gegen den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg. „Keine Aufrüstung mit uns“ – diese Losung einte die Menschen bei dem bunten, vielfältigen Marsch vom Stadtzentrum Ramstein-Miesenbach bis zur US-Air Base Ramstein. Die Stimmung war optimistisch. Und beeindruckend waren alle Redebeiträge, die die Vielfalt der Argumente gegen den Krieg zum Ausdruck brachten. Umfassend, mitreißend und motivierend das umfassende Kulturprogramm auf der Auftakt- und Schlusskundgebung sowie im Friedenscamp. Es waren gerade die Vielfalt und die politische Breite, die die Aktionen prägten. Viele neue Unterstützerinnen und Unterstützer sind hinzugekommen. Differenzen und Unterschiede, bei einem klaren antifaschistischen Grundkonsens, wurden und werden als Bereicherung gesehen.

Immer wieder wurde hervorgehoben, dass die aktuelle Kriegsgefahr von der Regierung der USA ausgeht – Donald Trump ist eine immense Gefahr für den Frieden. Europäische und deutsche Politik unterstützen aus politischer Verbundenheit und Eigeninteresse im Kern diese gefährliche Politik.

Betont wurde aber auch die Chance, die sich durch die wachsende Mobilisierung vieler junger Menschen und durch die Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltbewegung (gerade auch gegen die Air Base Ramstein, die die gesamte Region vergiftet) ergeben.

Die Demonstration war zu einem großen Teil von jungen Menschen besucht. Es waren gerade auch „die Neuen“, die u.a. über das Video von Rezo, die neuen Bewegungen wie z.B. Fridays for Future und die intensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld gewonnen werden konnten.

Die Beteiligung der ausländischen Gäste aus 14 Ländern zeigt das große internationale Engagement gegen Krieg und Militärbasen. „Wir werden wiederkommen, solange Drohnen und Krieg die Politik unseres Landes prägen“, war die unüberhörbare Ankündigung der Beteiligten. Daran werden auch unsinnige und bürokratische Reglementierungen der örtlichen Kreisverwaltung nichts ändern.

Herzstück des Protestes war das Friedenscamp auf einer großen Wiese, das von uner-



müchtlichen Helferinnen und Helfern aufgebaut worden war. „Wir wollen zeigen, wie wir leben und die Zukunft gestalten wollen“, dieser Geist prägte die phantastische Atmosphäre in dem Camp.

Dort fanden auch die Friedenswerkstatt

mit über 30 Veranstaltungen und der internationale Anti-Basen-Kongress statt. In der Erklärung dieses Kongresses wird gefordert, das Stationierungsabkommen zu kündigen und die Mitgliedschaft in der NATO zu beenden oder diese aufzulösen. Die Beteiligung

des Vorsitzenden des BUND war sicher ein inhaltlicher Höhepunkt. Die von ihm geforderte Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltbewegung ist einerseits Chance für die Zukunft beider Bewegungen. Andererseits ist es auch eine große Herausforderung, diese Verbindung herzustellen.

Die Abendveranstaltung mit rund 650 Teilnehmenden am Freitag, dem 28.6., in der Apostelkirche zeigt die regionale Verankerung der Aktionen. Diese kommt besonders mit den Aktivitäten der Pfälzer Initiative „Entrüestet Euch!“ zum Ausdruck (siehe: <http://piee.kl-netz.de/>).

Eine ebenso nachdenkliche wie vorwärtsorientierte Auswertung der diesjährigen Aktivitäten wird noch folgen. Doch offensichtlich hat diese Kampagne Zukunft und Potential, wenn wir sie weiterhin gemeinsam gestalten. Große Aktionen gegen die Air Base Ramstein wird es sicher auch im kommenden Jahr 2020 geben. Wie sie aussehen, werden wir – wie auch in der Vergangenheit – gemeinsam entwickeln. Unser Ziel bleibt, Trump zum Rückzug zu zwingen

Reiner Braun und Pascal Luig gehören dem Koordinierungskreis der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ an. Infos siehe: <https://www.ramstein-kampagne.eu/>

### +++ aktiv gegen krieg +++

#### Wie im Kindergarten – doch ein mörderisches Atomwaffen-„Spiel“

Mal ehrlich – es klingt wie eine Szene aus dem Kindergarten: Ein Kind spielt mit dem Feuerzeug, wird aber nicht ermahnt. Stattdessen wird das Verbot gekippt und alle Kinder fangen an, mit Feuerzeugen zu spielen. Eine vergleichbare Situation brachte die USA dazu, den INF-Vertrag zum August 2019 zu verlassen. Angeblich hatte Russland ja bereits dagegen verstoßen. Und alle fangen an, wieder mit Waffen zu „spielen“.

Bereits vor meiner Geburt sorgte der INF-Vertrag („Intermediate Range Nuclear Forces“ – Vertrag über nukleare Mittelstrecken-Raketen) für eine gewisse Sicherheit in Europa und bescherte mir eine friedliche Jugend. Am 8. Dezember 1987 unterschrieben Gorbatschow und Reagan die Abmachung, nukleare Kurz- und Mittelstreckenraketen zu vernichten und nie wieder zu produzieren. Sie läuteten damit das Ende des Kalten Krieges und den ersten echten Frieden seit langem in Europa ein.

Nun fiel die Kündigung dieses Vertrages in die Sommerpause der deutschen Politik. Und kaum einer redet davon. Zu unserer Sicherheit muss die Bundesregierung ein eigenes Raketen- und Atomwaffenverbot auf den Tisch bringen. Auch die Opposition ist jetzt gefragt, sich massiv dafür einzusetzen. Und zwar schnell. Damit aus dem Kindergartenspiel nicht ein offenes Feuer entsteht.

Lysann Drews, IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.; <https://www.ippnw.de/startseite.html>

### +++ engagiert für den frieden +++